

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., einschließlich Abtrag. Die Geschäftsstellen sind in der Liste der Abonnenten angegeben. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingetragener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 2. Spalte kostet 20 Goldpfennig, die 3. Spalte 10 Goldpfennig, die 4. Spalte 5 Goldpfennig. Nachweisungsgebühren 20 Goldpfennig. Sonstige und Placatanzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen für die Reichsregierung werden nach Möglichkeit angenommen. Die 10. Spalte durch Generalübermittlungen Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rücktrittspruch erfolgt, wenn der Betrag durch die Zeitung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Veranlassungen entgegen.

Nr. 254 — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, 29. Oktober 1924

Reichskanzlers Wahlrede.

Als erste von den Mittelparteien hat das Zentrum am Sonntag und Montag seinen Parteitag abgehalten. Von vornherein stand diese Tagung unter dem Entschluß, eine ausgesprochene Partei der Mitte zu bleiben. Den Mittelpunkt bildete eine Rede des Reichskanzlers, der ja gleichzeitig auch Vorsitzender des Zentrums ist, und der von dem Willen zum Ausgleich der verschiedenen Richtungen ausging. Es wäre gerade die Stärke der Zentrumspartei, daß in ihr ebenso die Kräfte der Beharrung, eines gesunden Konservatismus, einer Beharrung der Gegenwart verbunden sind mit dem Bewußtsein der Zukunft, die nach vorwärts, nach Fortschritt drängen. Daß ein solches Zusammenfassen möglich ist, habe darin seinen Grund, daß die festgesetzte katholische Weltanschauung das einigende Band für alle diese auseinanderstrebenden Kräfte bildet. Daran schloß der Kanzler einen großen Bericht über die Außenpolitik. Deutschland habe eine Mission, nämlich die, den Friedenswillen in den verschiedenen Völkern zu wecken und, wo er vorhanden ist, zu stärken. Voraussetzung für diese Mission aber sei, daß Deutschland wieder ein freies Volk werde. Frei von militärischer Bewachung und allen Hemmnissen außenpolitischer Behinderung. Frei in dem Streben nach einem Groß-Deutschland und nach einem Deutschland, das seine Kolonien wiedererhält. Der Grund, weswegen man uns Ketten angelegt hat, nämlich die Alltagschuld am Kriege, ist ein Märchen und die Unterschrift darunter eine Ungeheuerlichkeit und erzwingen, hat also mit der Feststellung der wissenschaftlichen Wahrheit gar nichts zu tun. Die Reparationsfrage ist durch den Londoner Vertrag nur einer vorläufigen Lösung zugeführt und wir dürfen hoffen, daß unsere Vertragsgegner in neuen Verhandlungen den Vertrag nachprüfen, wenn die Unmöglichkeit seiner Ausführung sich herausstellt. Ebenso ist die Abrüstungsfrage heute nur überaus einseitig gelöst; die besiegten Staaten haben abgerüstet; aber die Siegerstaaten haben zwar den Willen zur Abrüstung in Genuß bekommen, müssen jedoch den Willen erst in die Tat umsetzen. Dann sprach sich der Kanzler sehr energisch für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aus, um den Willen Deutschlands zum Frieden und seine Hoffnung auf Gerechtigkeit im Völkerleben zum Ausdruck zu bringen.

Bei seiner Erörterung über die Fragen der Innenpolitik stellte der Kanzler in den Vordergrund, daß der auf der äußeren Grundlage der Weimarer Verfassung, also der Staatsbejahung stehende Gemeinheitswille noch nicht stark genug gewesen sei, um auch politisch-parlamentarisch in einem Kabinett der Volksgemeinschaft zum Ausdruck zu kommen. Die Verschiedenartigkeit der Weltanschauungen, besonders der Konfessionen, habe das verhindert und erzwingen auf der anderen Seite ein Zusammenarbeiten der Idee des Christentums und des Katholizismus mit anderen Weltanschauungsgruppen, ein Zusammenarbeiten, das man nicht als unfürsorglich bezeichnen dürfe. Der zweite Grund für das Scheitern sei die soziale Zerrissenheit. Deswegen sei eine der wichtigsten Aufgaben des Augenblicks der Versuch, die sozialen Gegensätze zu mildern und die Machtkämpfe zu verhindern, die sich nur allzu häufig und allzu unbedeutend unter weltanschaulichem Verdammel abspielen.

Eine mittlere Stellung will der Kanzler dem Zentrum auch in der Frage der inneren Einstellung zu Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold zuerkennen. Die republikanische Staatsform bedeute nicht die Vollendung, bedeute nur ein Symbol für das politische Streben, das gesamte Volk, ohne Vormachtstellung eines einzelnen Teiles, zu einem nach innen und außen gesegneten Reiche zusammenzufassen. Diese Politik der mittleren Linie könne das Zentrum verfolgen und darin ruhe die Kraft seiner Politik. Der Kanzler stellt die Forderung auf, daß nicht Scheidung, sondern Vereinigung, also die Idee der Volksgemeinschaft das Ziel einer Politik der Mitte sein müsse.

Nach längeren Ausführungen über die soziale und die Wirtschaftspolitik, die gleichfalls unter dem Zeichen der Versöhnung der Interessengruppen zu stehen haben, schließt der Kanzler mit einem starken Bekenntnis zu einer christlichen Kulturpolitik und zur Erhaltung des Christentums im gesamten öffentlichen Leben als der besten Grundlage für ein geordnetes Staatsdasein. Die Erhaltung der christlichen Schule, die Reinhaltung der Ehe und des Familienlebens, die Reinheit unserer Kunst durch Christentum der Tat: das sei etwas Innerliches, nichts Äußerliches.

Vom Parteitag des Zentrums.

Berlin, 27. Oktober.

Nach Beendigung der Kanzlerrede sagte der frühere Reichskanzler Fehrenbach u. a.: Wir distanzieren niemand unsere Auffassung über die theoretische Wertung von Monarchie und Republik. Wir überlassen die Stellung dazu jedem einzelnen. Der Redner bekennt sich selbst zu Schwarz-Weiß-Rot, will aber jedem einzelnen Zentrumsmittglied seine eigene Meinung nicht rauben. Fehrenbach verlangt ein Be-

Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Finanzlage.

Nach dem Dawes-Gutachten.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“

Hamburg, 28. Oktober. Dr. Luther hielt gestern abend auf Einladung des Ueberseeclubs eine Rede über das Thema: Die Finanzlage Deutschlands nach dem Dawesgutachten. Er betonte dabei, daß das Londoner Abkommen, was einen gewissen Fortschritt gegenüber dem Versailler Vertrag bedeute, immer noch eine unendlich schwere Last für das deutsche Volk sei. Ueber die Frage, welche Zahlungsverpflichtungen uns grundsätzlich auferlegt wurden, wies Dr. Luther darauf hin, daß zwischen London und Versailles ein großer Unterschied sei. In Versailles habe man festgesetzt, daß Deutschland zahlen soll. In London auf der Grundlage des Dawesgutachtens habe man festgestellt, was Deutschland zahlen kann. Eine Reihe von Fragen sei allerdings überhaupt nicht behandelt worden, so zum Beispiel die Frage der Endsumme und die der Gütschrift auf Reparationskonto. Für ihn als Finanzminister bestehe der große Einwand: Haben sich die Alliierten nicht gefragt, was Deutschland zahlen kann? Diese Frage sei natürlich sehr schwierig zu beantworten gewesen. In Artikel 234 des Versailler Vertrages heißt es, daß Deutschland berechtigt ist, von Zeit zu Zeit eine Prüfung seiner Leistungsfähigkeit zu verlangen. Hieraus müssen wir unter allen Umständen bestehen. Nachdem das Dawesgutachten nunmehr abgeschlossen ist, sei es selbstverständlich Pflicht, alles zu tun, um das Abkommen auch lokal durchzuführen. Man dürfe aber dabei von uns Dinge nicht verlangen, die außerhalb unserer Leistungsfähigkeit liegen. Der Minister erklärte weiter: Eines kann ich mit voller Bestimmtheit betonen, daß Deutschland sich auf keinen Fall zur vollen Leistungsfähigkeit entlassen kann, wenn es nicht in den freien Weltverkehr wieder eingelassen wird. Nach längeren Ausführungen über die Sachlage sprach Dr. Luther dann auf das innere Wirtschaftsleben zu sprechen. Stets ist sich die Regierung darüber klar gewesen, daß wir Auslandskredite brauchen. Die Vorstellung jedoch, daß uns die 800-Millionen-Anleihe die Kredite bringen soll, ist weit übertrieben wie falsch. Trotzdem könne man die politische Wirkung dieser Anleihe nicht verkennen, die mit ihren großen Ueberzeichnungen ein offenkundiger Beweis dafür ist, wie sich die Stimmung gegen Deutschland verbessert hat. Selbstverständlich kann jetzt die Reichsbank nicht Kredite in gleicher Höhe gewähren. In dieser Frage möchte ich jedoch dem Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nicht vorgreifen, der, wie ich vernommen habe, auch noch in ihren Reden hierüber sprechen wird. Wir können jedoch keinen Kredit im Auslande aufnehmen, der nicht unmittelbar produktiven Zwecken dient. Wir kommen nicht anders durch, wenn nicht überall wirtschaftliche Werke ihre Geltung haben und dazu gehört zuerst der freie Wettbewerb. Zur Reichtumsauflösung bemerkt der Minister, daß er bis zur letzten Stunde gegen die Auflösung gewesen sei. Erst dann habe er der Auflösung zugestimmt, nachdem sich gezeigt habe, daß ein anderer gangbarer Weg nicht mehr vorhanden war. Durch die Auflösung sind wir allerdings drei bis vier Monate zurückgeworfen worden. In der Aufwertungsfrage müssen wir versuchen, einen festen Satz zu finden. Durch die Reichtumsauflösung sind wir voreerst in eine überaus schwierige Lage hineingekommen. Schließlich erklärte der Minister noch über die vergangenen Instanzjahre: Damals mußten wir sehr zupacken, um alles zu leisten. Zum Schluß meinte der Finanzminister: Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir Kredite nicht nur zur Sparjamkeit erhalten können. Aufwärts kann es nur in Deutschland gehen durch Arbeit und Sparjamkeit.

kenntnis zur Weimarer Verfassung. Die Vertreter des rechten Flügels hätten nicht gemurt, als das Zentrum mit den Sozialdemokraten zusammenging. Nunmehr müßten die Vertreter der Linken diesem Beispiel folgen, wenn man zu einer rechtsgerichteten Regierung käme. Das Zentrum würde dabei aber an seinem eigenen Programm festhalten. Reichskanzler außer Dienst Dr. Wirth sprach über die Haltung des linken Zentrumsflügels. Die Partei, die stets die Duldsamkeit bei anderen gepredigt hätte, müsse sie auch in den eigenen Reihen üben. Wirth entließ sich aller Angriffe auf den rechten Flügel, anscheinend, um im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen die Einheit im Zentrum nicht zu gefährden.

Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Keine demokratisch-sozialistische Mehrheit wiederholte die Große Koalition in Aussicht. Mandatszuwachs der Nationalsozialisten, Stimmenverluste der Kommunisten, Volksischen und Deutschnationalen gegen 4. Mai 1924.

Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerchaft am Sonntag wurden nach dem einstweiligen Endergebnis im Wahlkreis I (Stadtgebiet) 501 024, im Wahlkreis II (Landgebiet) 33 029 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten im Stadt- und Landgebiet zusammen die Deutschnationalen an Stimmen 90 423 (28 Mandate), Deutsche Volkspartei 74 604 (23), Nationalsozialisten 13 580 (4), Zentrum 8494 (2), Demokraten 70 500 (22), Sozialdemokraten 173 356 (53), Kommunisten 78 657 (24). Von kleineren Parteien erhalten der Mieterbund 2, Gewerbetreibende 2, Wohnungsfürher 1 Mandat. Einige im Wahlkampf ausgetretene kleinere Gruppchen errangen kein Mandat.

Das neue Bürgerchaftsparlament wird nach dem vor-

Auch Bernstorff kandidiert nicht wieder.

München, 28. Oktober. Graf Bernstorff, der jetzt in Starnberg wohnende frühere deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, hat auf eine neuerliche Aufforderung als Reichstagskandidat verzichtet. Bernstorff gehörte den Demokraten an.

Die dritte Feststellung der Reparationskommission.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“

Paris, 28. Oktober. Die Reparationskommission tritt am Dienstag zu einer wichtigen Sitzung zusammen, in der sie die nach dem Dawesplan vorgezeichnete dritte Feststellung zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands treffen wird. Das nach Klausel 3 Anhang 2 des Londoner Protokolls vorgesehene Deutsch-alliierte Komitee für Sachlieferungen wird Anfang der kommenden Woche in dem Gebäude der Reparationskommission zusammenkommen.

Kriegergräberschändung in Frankreich.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“

Paris, 28. Oktober. Seit einiger Zeit halten sich im Gebiete der Aisne eine Menge meist fremder Arbeiter auf, die sich vor allem aus Polen und Araber zusammensetzen, die das ehemalige Kriegesgebiet nach Metallen absuchen. Es wurde berichtet, daß verschiedene Arbeiter große Summen verdienten, weshalb sich die Polizei eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Es wurde festgestellt, daß verschiedene Arbeiter die Gräber der Gefallenen durchsuchten und die noch vorhandenen Wertgegenstände raubten. Es wurden mehrere Arbeiter verhaftet.

Weitere amerikanische Ehrung für Dr. Eckener.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“

New York, 28. Oktober. Anlässlich des 25jährigen Stiftungsfestes der Vereinigten Deutschen Gesellschaft in New York hatten sich hier ungefähr 5000 Amerikaner deutschen Abkommens im Großen Festsaal des Waldorf-Astoria-Hotels versammelt. Die Feier gipfelte in einer großen Ehrung für Dr. Eckener und die gesamte Besetzung des S. N. 3. Vertreter der Stadt New York hielten Ansprachen, in denen sie das deutsche Luftschiff und seine Mannschaft feierten. Nachdem Dr. Eckener einen Vortrag über den Verlauf der Ozeanfahrt gehalten hatte, wurde unter großem Beifall eine Resolution angenommen, in der Präsident Coolidge gebeten wird, den Einfluß der Vereinigten Staaten auszuüben, um eine Zerföhrung der Zeppelinlinie zu verhindern. In der Resolution wird darauf verwiesen, daß mehrere amerikanische Luftoffiziere erklärt haben, eine Zerföhrung der Friedrichshafener Werke würde den Fortschritt in der Luftschiffahrt um 50 Jahre zurückwerfen.

Amerikaner im Marsch auf Peking.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“

Sientsin, 28. Oktober. 100 Matrosen vom amerikanischen Kreuzer „Huron“, die in Taku gelandet waren, haben sich in der Richtung auf Peking in Marsch gesetzt.

taugigen Ergebnis also folgende Zusammensetzung haben: Deutschnationalen 28 Sitze, Volkspartei 23, Volksische oder Nationalsozialisten 4, Zentrum 2, Demokraten 22, Sozialdemokraten 55, Kommunisten 24, Mieter 2, Gewerbetreibende 2, Wohnungsfürher 1 Sitz.

Gegenüber der bisherigen Zusammensetzung nach der Bürgerchaftswahl von 1921 verlieren die Sozialdemokraten 16, die Volkspartei 8, die Demokraten 2 Sitze. Die Deutschnationalen gewinnen 10 Sitze, die Kommunisten 7, die 1921 nicht vorhandenen Nationalsozialisten erhalten 4 Mandate.

Bei Betrachtung der vielfach zum Vergleich herangezogenen Stimmenverteilung gegen die Reichstagswahl vom Mai 1924 ergibt sich folgendes Bild: Die Deutschnationalen erhielten gegen Mai rund 30 000, die Nationalsozialisten rund 24 000, die Kommunisten 36 000, die Demokraten 8000, die Volkspartei 3000 Stimmen, das Zentrum 1000, die Unabhängigen 1500 Stimmen weniger. Die Sozialdemokraten haben rund 1000 Stimmen mehr. Die Wahlbeteiligung war bedeutend geringer als im Mai, womit eine große Zahl der weggefallenen Stimmen zu erklären ist.

Das Resultat der Wahl wird das Ende des bisher regierenden Senats sein, der sich 1921 aus Sozialdemokraten und Demokraten zusammensetzte. Beide Parteien verfügten damals über 92 Bürgerchaftsstimmen von 160, konnten also den Senat ernennen. Jetzt haben sie nur noch zusammen 75 Sitze, verbleiben also unter der erforderlichen Majorität von 81 Stimmen. Man spricht bereits von einer Großen Koalition aus Demokraten, Volkspartei, Sozialdemokraten und Zentrum für den künftigen Senat, jedoch sind die endgültigen Parteiverbindungen noch nicht sicher.